

Kollektoren installieren

12 4. 11. 1992
Baugebiet Sprunk Thema bei Bürgerversammlung

m. NACKENHEIM — Heftige Kritik übten die Nackenheimer während der jüngsten Bürgerversammlung an den zuständigen Behörden, die die Genehmigungsverfahren von Baugebieten, wie derzeit „Sprunk II, Teil 1“, verzögerten.

Die Planfeststellung für die Verrohrung des Eichelsbaches in der Weinbergstraße, Langgasse und Mahlweg laufe bereits seit 15 Jahren. Dadurch habe der Ausbau der Weinbergstraße immer wieder aufgeschoben werden müssen. Im Film- und Feierraum der Carl-Zuckmayer-Grundschule erläuterte Bürgermeister Günter Ollig eingangs die Problematik im Baugebiet „Sprunk II, Teil 1“, wo die Untere Landespflegebehörde im Anhörverfahren keine Einwände vorzubringen hatte. Erst nach der Frist machte die Kreisverwaltung neue Auflagen für mehr „Grün“ sowie eine Ausweitung von Ausgleichsflächen. Trotz der Einschaltung eines Fachbüros sei die Gemeinde in der Sache nicht weitergekommen, weil das Gesetz „unausgegoren“ sei und mannigfach ausgelegt werden könne. Der Aufstellungsbeschluss zum Baugebiet sei vom Rat für das fünf Hektar große Gebiet bereits 1979 gefaßt worden. Eine Prognose, wann nun endlich gebaut werden könne, wollte Ollig nicht abgeben.

Der planende Architekt Willi Hekelmüller skizzierte noch einmal eingehend den Plan zum Neubaugebiet, der größere Grünflächen, ein Regenrückhaltebecken und reduzierte Fahrbahnflächen erhielt. Das fünf Hektar große Baugebiet umfasse nun 30 Prozent Grün sowie eine Ausgleichsfläche von 1,7 Hektar. Die geplanten 63 Einzelhäuser seien auf 54 geschmolzen.

Bei der Aussprache hielten die Bürger mit ihrer Kritik nicht zurück. CDU-Vorsitzender Alfred Hoffmann sagte, aus der ursprünglich geforderten 20prozentigen Grünfläche seien plötzlich 30 Prozent geworden. Im alten Ortskern würden auf wenigen Quadratmetern 24 Wohnungen gebaut. Im Sprunk II gingen die Freiflächen ins Uferlose. Auch die Ausgleichsflächen seien kaum noch zu finanzieren. Der Rat sollte den alten Plan offenlegen.

In der Weinbergstraße könne kaum noch von einer Fahrbahn die Rede sein, betonte Ollig. Das Verfahren zur Kanalisation des Eichelsbaches laufe seit 15 Jahren. Nachdem die Kreisverwaltung nun für den Ausbau zuständig sei, habe die Bezirksregierung die Planfeststellung dorthin gesandt. Die Gemeinde wolle, mit oder ohne Verrohrung des Baches, die Straße ausbauen und hoffe auf Zuschüsse.